



Solothurn, den 14. November 2006

**Motion der SP-Fraktion der Stadt Solothurn „Unterlagen per E-Mail – Nein Danke!“**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

den Grundsatzentscheid über die Umsetzung der Verzichtsplangsmassnahme Nr. 8 aus dem Jahr 2004, betreffend den elektronischen Versand der Sitzungsunterlagen für Behördenmitglieder, dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

**Begründung**

Im Rahmen der Verzichtsplangung 2004 hat der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 29.6.2004 als Massnahme Nr.8 der Verwaltung den Auftrag erteilt, zu prüfen, ob die Sitzungsunterlagen den Behörden der Einwohnergemeinde künftig elektronisch zur Verfügung gestellt werden sollen. Der definitive Entscheid darüber fällt gemäss den damaligen Beschlüssen in die Kompetenz des Gemeindrats.

Auf Nachfragen hin ist uns von der Stadtkanzlei bestätigt worden, dass die Pläne diesbezüglich bereits weit gediehen sind und geplant ist, ab 2007 die Sitzungsunterlagen für alle Behördenmitglieder nur noch elektronisch zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet, dass jedes Gemeinderats- und Kommissionsmitglied seine Unterlagen zukünftig im Internet suchen, selber zusammenstellen und zuhause ausdrucken müssen.

Die SP-Fraktion bezweifelt die Zweckmässigkeit dieser Massnahme und fordert daher, dass der Grundsatzentscheid über die Umsetzung der Verzichtsplangsmassnahme 8 aus dem Jahr 2004 wie geplant zuerst dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt wird.

Für die SP-Fraktion: Adrian Würgler

Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner